Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.bs.ch/regierungsrat

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
3003 Bern

Per E-Mail an:
konsultationen@bav.admin.ch

Basel, 10. November 2026

Regierungsratsbeschluss vom 10. November 2026

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr und Totalrevision der Verordnung über die Videoüberwachung im öffentlichen Verkehr; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. August 2026 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr (VST; SR745.21) sowie zur Totalrevision der Verordnung über die Videoüberwachung im öffentlichen Verkehr (VüV-ÖV; SR 742.147.2) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat begrüsst das Bestreben, die Sicherheit von Mitarbeitenden der Transportunternehmen – sowie auch der Reisenden – zu erhöhen. Angesichts der zunehmenden Belastung und der teilweise erhöhten Gefährdung der Mitarbeitenden erscheint es sinnvoll, die bestehenden Einsatzmittel zu überprüfen und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Die vorgesehenen Änderungen, insbesondere die Möglichkeit des Einsatzes von Destabilisierungsgeräten und die Verwendung von Bodycams, können hierzu beitragen.

Damit die neuen Einsatzmittel verhältnismässig und situationsgerecht eingesetzt werden, kommt einer sorgfältigen Ausbildung der Mitarbeitenden bei deren Einführung aus kantonaler Sicht besondere Bedeutung zu. Die Anpassungen bei der Aufsicht durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) werden nicht grundsätzlich beanstandet, sofern deren Wirksamkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin